

chen mit Europa, eine gänzlich andere Geschichte hat. Angesichts der noch keine hundert Jahre dauernden Tendenz zu einer stärkeren Zentralisierung Chinas – ich erinnere an die erst mit Sun Yatsen eingeführte nationale Einheitsarmee⁴¹ und das etwa gleichzeitig begonnene moderne Bankensystem – ist die Gleichsetzung von China mit Staatswirtschaft eine unzulässige Vergrößerung. Solche Vereinfachungen scheinen vielmehr eher kontraproduktiv in einer Zeit, in der die Stabilität vieler Währungssysteme gefährdet erscheint und in der Auseinandersetzungen über Zugänge zu Rohstoffen, Märkten und Lebens- und Wohlstandschancen eher noch bevorstehen und keinesfalls als abgeschlossen gelten können. So ist bis heute nicht abschließend geklärt, welche Investition die langfristig lohnendste ist.

Die „Rettung“ der Euro-Zone durch China, welches mit 2,4 Billionen Euro zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts über die größten Devisenreserven der Welt verfügt, zu großem Anteil angelegt in US-Staatsanleihen, könnte der Globalisierung eine neue Dimension verleihen. Der „Preis“ für ein stärkeres Engagement Chinas in Euro-Anleihen wäre die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft, womit viele noch bestehende Handelsschranken fielen. Angesichts des bestehenden Handelsvolumens (2010 kauften die 27 EU-Länder in China Waren in Höhe von 282 Milliarden Euro) sollte dieser Preis nicht zu hoch sein.⁴²

Worauf es jedoch vor allem ankommt, ist die Etablierung weltweiter und zugleich offener Konsultations- und Vertragsstrukturen, deren verbindliches Basisziel der Wohlstand für die ganze Menschheit und Gerechtigkeit sein müssen. Nach unserem Verständnis – und ich füge hinzu: nach modernem Verständnis, setzt dies eine kritische Öffentlichkeit voraus sowie Eliten, die sich an den von ihnen vertretenen Prinzipien selbst messen lassen.

⁴¹ Allerdings war es bereits nach 1901 zur Einführung einer regulären Armee im westlichen Sinne (der sog. Lujun, wörtl. Landarmee) gekommen.

⁴² Siehe Catherine Hoffmann, Chinesische Versuchung. Peking könnte Europa mit seinen Billionen Dollar Devisenreserven retten. Doch der Preis wäre hoch, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 247 (26. Oktober 2011), S. 17.